

Den Frieden in die eigenen Hände nehmen

Reiner Braun

stellvertretender Vorsitzender der Naturwissenschaftlerinitiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“, Co-Präsident des „Internationalen Friedensbüros“ (IPB) engagiert in den Kampagnen „abrüsten statt aufrüsten“ und „Stopp Air Base Ramstein“

Der gewerkschaftliche Anti-Kriegstag am 1.9. und der internationale Weltfriedenstag am 21.9.2018 finden in diesem Jahr in einer Zeit statt, die von Konfrontation und einem „Rus-senhass“ geprägt ist, wie wir ihn schon lange nicht mehr erlebt haben.

Wir wissen, die Projektion von Feindbildern, der Aufbau des politischen Gegners zum Feind war historisch noch nie friedensfördernd, sondern ist kriegstreibend. Insofern ist es sicher nicht übertrieben, unsere jetzige Situation als besonders brenzlich und gefährlich zu bezeichnen.

Findet doch diese politische Zuspitzung in einer Welt statt, die auf dem Pulverfass von 15.000 Atomwaffen sitzt. Der Glaube, dass die sogenannte Abschreckung unseren Frieden sichert, ist theoretisch, historisch und praktisch ein Irrglaube der NATO und der Bundesregierung, um ihre atomare Aufrüstungspolitik fortsetzen zu können und letztendlich einen Einsatz von Atomwaffen nicht auszuschließen. Die sündhaft teure Modernisierung der Atomwaffen aller Atomwaffenstaaten und die Entwicklung der sogenannten „Mini Nukes“ durch die USA unterstreichen die Gefahren, in der wir alle leben. Deshalb bleibt es eine Kernaufgabe der Friedensbewegung, immer wieder die Abschaffung aller Atomwaffen zu fordern. Unverantwortlich ist die Haltung der Bundesregierung, den Atomwaffenverbotsvertrag nicht zu unterzeichnen.

Die Friedenstag im September geben dazu vielfältige Möglichkeiten.

Der Gipfel zwischen Putin und Trump liegt jetzt einige Wochen hinter uns und klarer ist erkennbar, dass Dialog und Gespräche gut sind, aber die materiellen Ergebnisse für den Frieden gleich Null. Der Frieden ist durch das Gespräch nicht sicherer geworden. Deutlicher wurde besonders, welche hasserfüllte Sprache in großen Teilen der NATO-Politik und der Medien herrscht: Kooperation, ein Suchen nach gemeinsamen Lösungen für eine Politik der gemeinsamen Sicherheit sieht vollständig anders aus.

Es muss doch festgehalten werden:

- Das gigantische Aufrüstungsprogramm der NATO geht ungehemmt, angeheizt durch die verbalradikalen Ausfälle des US-Präsidenten Trump weiter. Die 2% BSP bedeuten für die Bundesrepublik, dass der Rüstungshaushalt auf über 80 Milliarden verdoppelt wird. Dass Trump in den USA für seine gesamten Militarisierungskosten 2019 über eine Billion ausgegeben wird, macht die Situation nur schlimmer, nimmt aber keinen Moment politischer Verantwortung für eine friedensgefährdende Politik von den Schultern der Bundesregierung. Sie treibt besonders auch die Militarisierung Europas voran. Vielleicht kann der Westen ja doch einmal Russland folgen und auch um 20 Prozent abrüsten. Die ökonomische und soziale Situation vieler Länder im Westen würde diesen visionären Schritt – ebenso wie in Russland – zwingend erfordern.
- Die Panzer rollen weiter an die russische Grenze. Stationierungen neuer Truppen, Lagerung von mehr und offensiven Waffen und fast permanente Manöver sind Ausdruck der NATO Konfrontationspolitik. Wenn das Trumps neue Freundschaft mit Putin ist, dann nein danke. Warum stoppt Trump nicht wenigstens die gefährlichen NATO-Manöver in Polen und an der russischen Grenze?
- Über Atomwaffen wird nicht zwischen den beiden Großen, die 90 Prozent dieser Massenvernichtungswaffen besitzen, verhandelt. Es wird modernisiert und das Wort ist schon eine Lüge, eine neue Generation von Atomwaffen wird weltweit stationiert.
- Ein Ende der kriegerischen und konfliktverschärfenden „Regime Change“-Politik ist nicht abzusehen, stattdessen werden die reaktionärsten, Menschenrechte verachtenden Regierungen durch die USA und die NATO massiv weiter aufgerüstet. Es wird gezündelt, wo es den imperialen Interessen besonders der USA entspricht, die letzten mehr oder

weniger progressiven Regierungen sollen beseitigt werden.

- Die wenigen friedenspolitischen oder mindestens rüstungseindämmenden Vereinbarungen wie der Iran-Vertrag, das START-Abkommen oder der INF-Vertrag wurden von den USA unter Präsident Trump schon gekündigt oder sind massiv in Gefahr. Über das sowieso schon bescheidene weltweite Klima Abkommen (ganz gut auf dem Papier, sauschlecht in der Realisierung) will ich erst gar nicht reden.

Was ist also zu tun?

Den Kopf in den Sand stecken und auf bessere Zeiten warten? Resignieren? Einfach weiterleben, also würde nichts geschehen? Privatisieren?

Viele machen das (noch). Zufriedenstellend ist es sicher nicht.

Es ist die Zeit der Mutigen in allen Generationen, von Frauen und Männern, weltweit, die die Herausforderungen für den Frieden und gegen Krieg wieder einmal annehmen und den Widerstand organisieren. Kriege werden durch Menschen gemacht, können also auch durch Menschen verhindert und gestoppt werden. Krieg ist kein Naturereignis! Engagement und Einsatz für den Frieden ist gefordert, jede und jeder da, wo er arbeitet, lebt und liebt und jede und jeder nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten.

Gemeinsam können und sollten wir den Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten“ aktiv voranbringen. Es ist nicht ein Aufruf unter vielen: Nie in den letzten 20 Jahren war der Kreis der Initiatoren so vielfältig, breit und gesellschaftlich verankert. Unter dem Aufruf trifft sich die „friedenspolitische Gesellschaft Deutschlands“. Er eint die Friedenskräfte. Dieser Aufruf trifft ins Herz der Kriegs- und Aufrüstungsbefürworter, soll er ihnen doch die materielle Basis der neuen aggressiven Politik zerstören. Ohne die gigantische Aufrüstung (zwei Prozent NATO-Ziel) ist die Konfrontationspolitik auf Dauer nicht zu realisieren. Sie brauchen das Geld, um die Rüstung und die Kriege der Zukunft zu finanzieren. Wir brauchen das Geld für Rente, Bildung, Schulen und Kindergärten – so einfach und doch so schwer.

Deshalb, helft mit, aus diesem Aufruf eine Bewegung zu machen. Die Unterschriftensammlung soll im Herbst verstärkt weitergehen und wir wollen an dem Wochenende 2./4. November überall in der Republik für Abrüstung demonstrieren.

Wir sehen uns bei einer der nächsten großen Aktionen.

*

He, du Kriegshetzer, mal kein Gespenst an die Wand, du verbrennst in den eigenen Bränden. Nimm das einfache Volk sein Geschick in die Hand, liegt die Zukunft in guten, festen Händen.

Dmitri Schostakowitsch: Für den Film „Begegnung an der Elbe“ 1948, seitdem wurde es zum Weltfriedenslied

Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand beschloss, Hans-Joachim Friedrich als Mitglied des Vorstandes zu kooptieren.

*

RA Dr. Helmers berichtete dem Vorstand, dass fristgemäß am 26.06.18 drei Rechtssatzbeschwerden gegen das Rentenüberleitungsabschlussgesetz beim BVerfG eingereicht wurden. Die Kläger sind aus unterschiedlichen Gründen als DDR-Bürger rentenrechtlich benachteiligt. Es sei eine politische Frage, inwieweit das verfassungsmäßige Gebot der Wiedervereinigung nach Artikel 23 des Grundgesetzes (alt) der Fortdauer solcher Benachteiligungen entgegensteht. Argumente zur Rechtssatzbeschwerde sind bei AMAZON als Broschüre veröffentlicht. (Autorengruppe vom OKV: „Jetzt keinen

Unterschied mehr zwischen Rentenpunkten West und Ost“, Juli 2018)

*

Die Landesbeauftragten Hans-Peter Speck und Hartmut Schuchardt schätzten ein, dass die Lage in den größeren TIG stabil ist, der Erfahrungsaustausch unter den TIG in gemeinsamen Beratungen gut organisiert wurde und in der Tendenz sich die aktivsten TIG immer mehr zu regionalen Zentren und Stützpunkten entwickeln. Dabei nimmt der Betreuungsaufwand zu. Besonders die Aufrechterhaltung der Kontakte zu den Mitgliedern beugt Austritten vor. In kleineren TIG sind es oft nur wenige Mitglieder, die die ISOR-Arbeit aufrechterhalten. Fallen diese aus, lösen sich mitunter ganze TIG auf.

*

Horst Parton informierte den Vorstand über die bisher eingegangenen Antworten auf

das Schreiben des Vorstandes an Politiker. Geantwortet haben bisher die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und der Partei DIE LINKE. Während DIE LINKE erwartungsgemäß die ISOR-Forderungen umfassend unterstützt, sehen CDU/CSU keinen Handlungsbedarf. Die Ministerien des Inneren, der Verteidigung und der Finanzen verweisen auf die Zuständigkeit des Ministeriums für Arbeit und Soziales. Dieses wiederum hat mitgeteilt, dass es vom Petitionsausschuss des Bundestages in dieser Frage zu einer Stellungnahme aufgefordert wurde, an der gegenwärtig gearbeitet werde. (Der Petitionsausschuss hatte den Eingang unseres Schreibens bestätigt). Nach der parlamentarischen Sommerpause sollen die ausstehenden Antworten von Bundestagsfraktionen und -ausschüssen angemahnt werden.

*

Ehrenmitgliedschaften verliehen

Auf Beschluss des Vorstandes wurden zu Ehrenmitgliedern der ISOR e.V. ernannt:

Otto Pump
TIG Halberstadt

für seine Verdienste beim Aufbau, der Führung und der Organisierung des solidarischen Zusammenlebens seiner TIG, der Zusammenführung der Harzer TIG-Gemeinschaften und deren gemeinsamen politischen Wirkens in der Öffentlichkeit sowie bei der konstruktiven Gestaltung der Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Organisationen.

Wilhelm Neumann
TIG Weißenfels

als Gründungsmitglied, langjähriges Leitungsmitglied und TIG-Vorsitzender, Initiator der Zusammenführung der ISOR-Mitglieder in den Kreisen Hohenmölsen, Naumburg und Nebra und zahlreicher Aktivitäten zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens innerhalb der TIG und darüber hinaus, speziell auch in Zusammenarbeit mit und unter Einbeziehung ehemaliger NVA-Angehöriger.

**Hubertus, der
Schutzpatron der Jagd,
hatte zwölf Jahre gezielt
und ist dann ohne Beute
von seinem Hohen
Schönhausener Ansitz
abgeseilt worden.**

Urteil für Wolfgang Schmidt

Darf man Johann Burianek, der mit einem Sprengstoffkoffer in der DDR Eisenbahnbrücken sprengen wollte, einen Terroristen oder Banditen nennen? Das Bundesverfassungsgericht stellte in einem Beschluss vom 24.1.2018 klar, dass die vom Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit auch für diesen Fall gilt. (1BvR2465/13)

Eingefädelt mit einer Anzeige des hinlänglich bekannten Gedenkstättenleiters Hubertus Knabe, unterstützt von einem CDU-Justizsenator und den in den Schützengräben des Kalten Krieges verharrenden Berliner Gerichten war Wolfgang Schmidt zunächst zu einer Geldstrafe von 1.200 Euro verurteilt worden.

Eine beeindruckende solidarische Spendenaktion, an der sich auch viele ISOR- und GRH-Mitglieder beteiligten, ermöglichte den Gang zum Bundesverfassungsgericht. Dafür nochmals allen Beteiligten Respekt, Anerkennung und herzlichen Dank!

Am 12.07.2018 beendete das Landgericht Berlin den seit 2012 andauernden Rechtsstreit und sprach Wolfgang Schmidt vom Vorwurf der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener frei. Die Kosten trägt die Staatskasse.

Die Höhe der Erstattungen wird in den nächsten Wochen errechnet und festgelegt. Sie gehen selbstverständlich bis auf den letzten Cent auf das Solidaritätskonto der GRH.

In seinem Schlusswort vor dem Landgericht Berlin führte Wolfgang Schmidt aus:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Hohes Gericht, Gestatten Sie mir zunächst, meinen Anwälten für ihr erfolgreiches Wirken herzlich zu danken.

Seit meiner Verurteilung durch das Amtsgericht Berlin zu einer Geldstrafe von 1.200 Euro wegen der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener am 27. September 2012 sind mehr als fünf Jahre vergangen. Wegen dieser langen Zeit der Ungewissheit und Verunsicherung kann ich angesichts des heute zu erwartenden Freispruchs keinen Triumph empfinden. Aber auch weil sich damit im

Grundsatz nichts an der fortbestehenden Ausgrenzung und Diskriminierung der ehemaligen Angehörigen des MfS ändert.

Mit der Aufhebung dieses vom Bundesverfassungsgericht beanstandeten Urteils verschwindet praktisch ein Passant auch die meiner Kenntnis nach bislang einmalige Feststellung eines Gerichtes, wonach die DDR eine Willkür- und Gewaltherrschaft

gewesen sei. Es bleibt zu hoffen, dass derartige Feststellungen künftig wissenschaftlich arbeitenden Historikern auf der Basis objektiver und faktengestützter Analysen überlassen werden.

Erleichterung verspüre ich, weil mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 24. Januar 2018 in meiner Sache die Rechtssicherheit im Bereich der Meinungsäu-

ßerung gestärkt und bekräftigt wurde, was nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Politischen Eiferern, die ihre angemäße Deutungshoheit über die DDR-Geschichte durch Instrumentalisierung und Missbrauch von Gerichten durchsetzen wollten, wurden klare Grenzen aufgezeigt. Und das ist auch gut so.

*

Rote Karte für Hubertus Knabe

Rechtsanwalt Hans Bauer in GRH-Mitteilungen August 2018

Bis zu einer endgültigen Entscheidung dauerte es nahezu sechs Jahre. Wolfgang Schmidt hatte in einem Internetbeitrag zur Terrorismusdebatte den Terroristen Burianek als das bezeichnet, was er auch tatsächlich war: ein KgU-Bandit und Anführer einer terroristischen Vereinigung. Für Hubertus Knabe, Direktor der „Gedenkstätte“ Berlin-Hohenschönhausen - ständig auf „Täterjagd“ - war dies Veranlassung, die Berliner Justiz in Gang zu setzen. Für Staatsanwaltschaft, Amts-, Land- und Kammergericht ging es dann nicht um die juristische Prüfung der Meinungsfreiheit, sondern um die „Verunglimpfung eines Verstorbenen“ (1952 wegen schwerer Verbrechen gegen die DDR zum Tode verurteilt und hingerichtet). Knabe äußerte Genugtuung darüber, „dass die Justiz dem Geschichtsrevisionismus ehemaliger Stasi-Mitarbeiter entgegentritt“ (Tagesspiegel vom 20.2.18). In den Gerichtsentscheidungen selbst spielte der angeblich verunglimpfte „Widerstandskämpfer“ nur eine Nebenrolle. Wichtiger war, dass er „sein Leben als Opfer der nationalsozialistischen oder einer anderen Gewalt- und Willkürherrschaft verloren hat“ (§ 194 StGB). Und eine solche „Gewalt- und Willkürherrschaft“ sollte die DDR gewesen sein. Allein die Gleichsetzung der jungen DDR mit dem faschistischen Regime, eine Ungeheuerlichkeit. - Die gegen die

politischen Urteile eingelegte Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht hatte Erfolg. Die Äußerungen waren von der Meinungsfreiheit gedeckt. Die Sache wurde an das LG Berlin zurückverwiesen und Wolfgang Schmidt mit Urteil vom 12. 07. 2018 freigesprochen.

Eine glatte Niederlage für Hubertus Knabe. Und das ist nicht die einzige!

In seinem „Gruselkabinett“ agierte als „Gedenkstättenführer“ der „Bürgerrechtler“ Siegmund Faust. In einem Interview mit der Berliner Zeitung verteidigte Faust die AfD, Björn Höcke und Horst Mahler. Mit Äußerungen relativierte er den Holocaust.

Der nächste Fall: - Der Vorsitzende des Fördervereins von Hohenschönhausen Jörg Kürschner publizierte wiederholt in der „Jungen Freiheit“. Von ihm stammte auch der Vorschlag, einen „Walter-Linse-Preis“ auszuloben. Linse war, wie sich herausstellte, an der Arisierung jüdischer Betriebe beteiligt.

Fazit: Eine Gedenkstätte, die es mit der Wahrheit nicht so ernst nimmt, Mitarbeiter, die braunes Gedankengut verbreiten, ein Förderverein, der offenbar rechtslastig ist, der Versuch, Meinungsfreiheit mit Hilfe der Justiz zu kriminalisieren Das ist mehr als Geschichtsrevisionismus. Zu Recht wird Knabes Rücktritt gefordert.



Die erstmalig von der TIG Güstrow am 27. Juni praktizierte Form einer öffentlichen Versammlung fand einen sehr guten Widerhall. Auch unsere Gäste aus den verbundenen Vereinen und Kommunen der Region waren beeindruckt von der Atmosphäre unserer Veranstaltung, die auch wir als einen Höhepunkt des Vereinslebens in unserer TIG im ersten Halbjahr empfanden.

Zukunftsträchtige Orientierungen gab uns der durch uns sehr geschätzte Vor-

sitzende des Ältestenrates der Partei DIE LINKE, Dr. Hans Modrow. Er sprach über Ergebnisse und Verlauf des Parteitags der Partei DIE LINKE in Leipzig sowie über seine Erfahrungen im Kampf um die Herausgabe seiner „Akten“ beim BND im Resultat seiner Klage beim Bundesverwaltungsgericht. Darüber berichtete Robert Allertz exklusiv für **ISOR aktuell** in der Aprilausgabe und auch auf seine ausführliche Darstellung des gesamten Verfahrens in seinem Buch „Ich will meine Akte“ sei verwiesen.

Die Anwesenheit des Vorsitzenden der GRH, Hans Bauer, des Stellvertreters des Vorsitzenden der ISOR, Prof. Dr. Horst Bischoff, unseres Landesbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern, Manfred Jonischkies sowie zahlreicher Gäste aus anderen TIG des Landes unterstrichen die hohe Wertigkeit der Veranstaltung.

ISOR in Mecklenburg-Vorpommern wird sicher an Geschlossenheit und Stärke gewinnen, wenn wir unser Vereinsleben weiterhin so öffentlich und effektiv gestalten.

In seinen grundsätzlichen Ausführungen würdigte Dr. Hans Modrow die Entwicklung und Tätigkeit unserer Organisation. Er verwies auf die Umbrüche in der liberalen Weltordnung

der Nachkriegszeit, die er als eine historische Zäsur wertete und ordnete diese Entwicklung in zwei Phasen ein: Die Nachkriegszeit von 1945 bis 1991, in der schließlich das Ende des Realsozialismus und der Zerfall der Sowjetunion eintraten und in den Abschnitt von 1991 bis 2017, in dem das vereinte Deutschland zur stärksten Wirtschaftskraft Europas wurde und die NATO sich nach Osten hin erweiterte. Russland wurde zum ärgsten Feind erklärt und die DDR nach dem vollzogenen Beitritt politisch und juristisch zum Unrechtsstaat verfeimt. Seit fast drei Jahrzehnten werden die Biographien der Ostdeutschen ausgeblendet, entwertet und entsorgt und die Betroffenen verbleiben ohne Perspektive. Bis in die Gegenwart liegt der Anteil von Persönlichkeiten mit ostdeutschem Hintergrund in leitenden Stellungen bei zwei bis fünf Prozent der Bundesrepublik, ein unsäglicher Zustand!

Prof. Bischoff sprach sich in zusammenfassenden Schlussbemerkungen für den dauerhaften, unumstößlichen Platz und die Verantwortung von ISOR im Kampf um politische und soziale Gerechtigkeit aus und verwies auch auf die Stellung von ISOR im OKV sowie dessen gegenwärtige Trägerschaft einer Rechtssatzbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen die Inkraftsetzung eines „Rentenüberleitungsabschlussgesetzes“, die auch von ISOR mitgetragen wird. Er verwies auf den entsprechenden Aufruf des OKV, der bei uns soeben in **ISOR aktuell** veröffentlicht wurde und erläuterte aktuelle Sachzusammenhänge. Er verwies darauf, dass ISOR im Ergebnis der Mitgliederbefragung nach wie vor ein starker Sozialverein mit mehr als 10.000 Mitgliedern ist und auch weiter seine Verantwortung OKV wahrnimmt.

Schließlich galt herzlicher Dank und Beifall der Versammelten Dr. Hans Modrow für seine Ausführungen, die wesentlich zu einer großen Resonanz der Veranstaltung in Güstrow beitrugen.

Mit diesem Schwung werden wir weiterarbeiten.

Walter Krüger,
Vorsitzender der TIG Güstrow

*

„Folgelesung nach Besucheransturm“

so überschrieb die Nordkurier Mediengruppe eine erneute Einladung zur Buchlesung von Carsten Gansels Buch „Meinst Du, die Russen wollen ...? – Ein Moskauer Tagebuch“.

Das Interesse am Thema war bei der Buchpremiere mit weit über 100 Besuchern größer als die Regionalbibliothek Platz bot und zahlreiche Besucher blieben draußen. Eine mögliche Folgelesung stellten Prof. Gansel und Nordkurier-Redakteur Frank Wilhelm bereits am 25. Juni in Aussicht.

Rund zwei Wochen nach der Buchpremiere kamen etwa 130 Menschen. Das Interesse am Thema und am Buch ist also sehr groß. „Austragungsort“ war der Parkplatz der Gaststätte „Berlin“, der rund 200 Personen Platz bot. Videoleinwand und Mikrofone sollten dafür sorgen, dass alles und jeder zu hören ist. Für das Wohl der zu erwartenden Gäste war selbstverständlich gesorgt. Unter den erwartungsvollen Gästen machte ich einige ISOR-Mitglieder und frühere Mitstreiter aus. Das freute mich, da ich bereits bei der Buchpremiere auf Freunde von ISOR getroffen war.

Natürlich gestaltete Carsten Gansel die Buchlesung nicht in der Ausführlichkeit der Buchpremiere. In erster Linie kam es ihm darauf an, sich mit den Besuchern zu dem von den Medien verbreiteten Russland-Bild auszutauschen.

Die Menschen der Region sind mit der medialen Wahrnehmung Russlands nicht zufrieden. Die Zuhörer interessierte ganz besonders Prof. Gansels Meinung, ob sich nach der erfolgreich verlaufenen Fußballweltmeisterschaft die Sicht der „Leitmedien“ und Politik auf Russland verändern werde. Carsten Gansel hat da so seine Zweifel. Gastfreundschaft, perfekte Organisation der Weltmeisterschaft und die sehr gute Atmosphäre in den Stadien und im ganzen Land trugen dazu bei, dass die Äußerungen während der Weltmeisterschaft weniger aggressiv waren. Carsten Gansel betonte, er wolle sich nicht von denen Russland und dessen Politik erklären lassen, „die nicht wissen, was kyrillische Buchstaben sind“. Er habe in Russland seine eigenen Erfahrungen gemacht. Als der Redakteur Frank Wilhelm von Blumen und Geschenken für Prof. Gansel während der Buchpremiere im Juni berichtete, sprang eine Zuhörerin auf und überreichte Carsten Gansel eine Tüte „Russisch-Brot“. Eigentlich sei die Tüte für ihre Enkel bestimmt gewesen, aber für Carsten Gansel sei sie genau richtig.

Nach seinen Gesprächen mit vornehmlich jungen Russen gefragt, erklärte Carsten Gansel: Sie befürworten die Außenpolitik von Präsident Putin; sind jedoch der Meinung, dass noch mehr für das Land getan werden könne. Von ihren Besuchen in Deutschland haben sie fast ausschließlich positive Eindrücke mitnehmen können. Beim Vergleich der Medien schnitten bei ihnen die deutschen Medien schlechter als die russischen ab. Die jungen Russen konnten sich einen Gedankenaustausch mit dem Staatschef, wie sie ihn mit Putin kennen, in Deutschland nicht vorstellen. Positiv merkte ein Zuhörer an, dass in der Regionalzeitung „Nordkurier“ der Abdruck kritischer Lesermeinung zur deutschen Russland-Politik umfangreicher geworden sei. Man sollte jedoch viel mehr solche Quellen im Internet wie „Sputnik“ oder „RT-Deutschland“ nutzen, um zu einem objektiven Bild zu gelangen. Die Bundeskanzlerin habe trotz Studium in

Moskau die russischen Menschen nicht verstanden. Russland braucht keinen Krieg!

Eine Zuhörerin dankte Carsten Gansel für seine klaren Worte und die Verknüpfung mit Jewgeni Jewtuschenkos Gedicht „Meinst Du, die Russen wollen Krieg?“. Das Gedicht könne sie nur in russischer Sprache wiedergeben, da sie Russisch-Lehrerin sei und es gehe ihr nicht aus dem Kopf.

Zuhörer verglichen die steigenden Rüstungsausgaben der NATO und die sinkenden Ausgaben Russlands. Sie verwiesen auf die gefährliche Politik der NATO, Europas sowie der USA und kamen zu der Erkenntnis, dass Russland die richtigen Schlussfolgerungen aus der verfehlten Politik von Gorbatschow und Jelzin in den frühen 1990er Jahren gezogen habe. Die feindliche Übernahme russischer Rohstoffquellen und die Errichtung amerikanischer Militärstützpunkte sei gestoppt worden. Das mache die Amerikaner und die NATO so wütend. Mongolen, Franzosen und Deutsche sind an der russischen Seele gescheitert. Und so wird es auch bleiben!

Die technische Vorbereitung war gelungen und keine Frage, Antwort oder Meinung gingen verloren.

Mit starkem Beifall dankten die Zuhörer Prof. Gansel für sein Buch, seine klaren Worte und ließen sich die Gelegenheit nicht entgehen, ihr Buch signieren zu lassen.

Gunter Emmaus, TIG Neubrandenburg

*

Aus der Postmappe

Wilfried Schubert aus Güstrow schreibt zum Artikel „Angriffspläne auf Moskau auch nach dem Zweiten Weltkrieg“ **ISOR aktuell** Juli 2018.

Dazu erlaube ich mir eine Ergänzung. Bereits am 22. Mai 1945, zwei Wochen nach der bedingungslosen deutschen Kapitulation, erhielt der britische Premierminister Winston Churchill den detaillierten Plan „Operation Unthinkable“ zur Vernichtung der Sowjetunion. Nach Einlassungen von Churchill wurde der Plan am 8. Juni und 11. Juli 1945 ergänzt. Geplant war, den Angriff auf die Sowjetunion am 1. Juli 1945 zu beginnen. Einbezogen in die Angriffe sollten ca. 100.000 deutsche bewaffnete Kriegsgefangene, deren Strukturen in der Gefangenschaft nicht aufgelöst waren. Der amerikanische Präsident Truman lehnte den Plan auf Grund des Kräfteverhältnisses ab. Zum Zeitpunkt des vorgesehenen Angriffs hatte die Rote Armee bei Soldaten eine Überlegenheit von 4:1 und bei Panzern von 2:1. Die Geschichte zeigt, zu keinem Zeitpunkt haben sich die Westmächte mit der Existenz der UdSSR bzw. der Russischen Föderation abgefunden.

*

Bei anderen gelesen

In der „Hausmitteilung“ des EULENSPIEGEL 8/18 schreibt der Chefredakteur wie immer unter XXX:

Ich war sehr beeindruckt davon, wie engagiert uns ARD und ZDF während der Fußball-WM zwischen den Spielen die vielen politischen Defizite des Gastgeberlandes nahegebracht haben. Das

wird, da bin ich mir sicher, von nun an ein fester Bestandteil der Sportberichterstattung sein.

Ob nun bei der Tour de France: „Herzlich willkommen zur letzten Etappe in Paris, wo das neoliberale Macron-Regime soeben erneut die Arbeitnehmerrechte beschnitten hat. Wir blenden nun den Link zur Petition der Gewerkschaften ein.“

Oder beim Tennis: „...geht es nun in diesem heiß umkämpften US-Open-Finale in den entscheidenden fünften Satz. Wir sind gleich wie-

der da, aber vorher möchten wir Sie über den menschenrechtswidrigen Einsatz von amerikanischen Killerdrohnen in Pakistan informieren.“

Und natürlich in der Fußball-Bundesliga: „Willkommen zur Spitzenbegegnung des 28. Spieltages aus der Münchener Allianz-Arena. Nach der Werbung meldet sich unser Reporter am Spielfeldrand mit interessanten Informationen zum Thema Korruption in der CSU.“

Ich freu mich drauf!

*

Schmähen als Staatsdoktrin

Robert Allertz, jW, 5. Juni 2018

Vor 20 Jahren gab der Bundestag den Startschuss für die »Stiftung Aufarbeitung«. Ziel: Die Deutungshoheit über die DDR

Die vermeintliche Wissenschaft liefert Kanonennahrung und die Journaille gibt den Senf dazu – der Kalte Krieg, dessen Ende 1990 postuliert wurde, tobt unverändert. Global wie national. Die ideologische Schlacht um die Köpfe wird unerbittlich weitergeführt. Vornehmlich geht es dabei um die Deutung der Vergangenheit, um die Interpretation von Historie. Wie etwa der Streit, ob die Erde nun eine Scheibe ist oder eine Kugel. Der scheint mittlerweile entschieden. Ob der Mensch vom Affen abstammt oder eine Kreation des Himmels ist, hingegen keineswegs: Mindestens jeder zweite US-Amerikaner ist davon überzeugt, dass die Erde so erschaffen wurde, wie es in der Bibel steht: in sechs Tagen vor etwa 6.000 bis 10.000 Jahren.

In Deutschland, dem »Land der Dichter und Denker«, geht ein Streit darum, ob die DDR ein Unrechtsstaat war oder nicht. Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages hatten zwar vor zehn Jahren schon erklärt: »Eine wissenschaftlich haltbare Definition des Begriffs Unrechtsstaat gibt es weder in der Rechtswissenschaft noch in den Sozial- und Geisteswissenschaften.« Aber sie machten auch darauf aufmerksam: Es gehe bei der Verwendung des Begriffs »zumeist darum,

die politische Ordnung eines Staates (...) zu diskreditieren«. Irgendwie verschwand der Begriff aus der Öffentlichkeit, nicht aber der Eifer, die politische Ordnung der DDR in Misskredit zu bringen. Das ist schließlich seit 1990 Staatsdoktrin.

Ein reichliches Jahr nach dem Anschluss hatten im Dreiklang und Gleichschritt die »juristische Aufarbeitung«, das Aktenfledern durch den »Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik« (BStU) und die Tätigkeit der Enquetekommission des Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur« begonnen. Das Gremium war nach dem Kommissionsvorsitzenden Rainer Eppelmann benannt worden. Der ehemalige Ostberliner Pfarrer leitete auch die zweite Enquetekommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit«, die in die »Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur« übergang. Dazu beschloss mit deutscher Gründlichkeit – damit alles schön demokratisch aussieht – der Bundestag vor genau 20 Jahren am 5. Juni 1998 ein »Errichtungsgesetz«. Bereits die beiden Kommissionen standen in der Kritik, allein

die PDS, seinerzeit noch eine kämpferische, genuin ostdeutsche Partei, kommentierte die Tätigkeit der Enquete in elf Bänden. Aber auch neutrale Beobachter merkten Kritisches an. Der tatsächliche Beitrag zur Versöhnung wurde als »äußerst gering« eingestuft (Anne Krüger, Brigitte Weiffen). Andere, insbesondere etliche auswärtige Wissenschaftler, monierten »die eingeschränkte Interaktion mit der betroffenen Bevölkerung« (Jennifer A. Yoder, Ralf K. Wüstenberg, Andrew H. Beattie). Das heißt: Zeitzeugen schenkte man kaum Gehör. Und wenn, dann kamen sie ausschließlich aus der sogenannten Opfercke. Der Vorwurf einer »Politisierung der Vergangenheitsdebatte« mutete hingegen ziemlich weltfremd an: Genau darum ging und geht es doch!

Es wäre aber unlauter zu behaupten, dass sich im Laufe der verflossenen 20 Jahre nichts getan hätte. Da und dort bröckelte der Stiftungsbeton, bemühte man sich um Differenzierung, ließ Widerspruch zu. Vielleicht weil man begriffen hatte, dass Brachialgewalt allenfalls Unmut und Abwehr provoziert. Vielleicht aber auch im Wissen darum, dass die Zahl jener, die widersprechen könnten und wollten, stetig kleiner wird. Ein bestimmtes Geschichtsbild setzt sich eben auch durch, indem man es aussitzt. Auf dem Schlachtfeld Geschichte siegt der, der übrigbleibt.

Verordnetes Geschichtsbild

Die 1998 gebildete »Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur« ging auf Empfehlung der Enquete-Kommissionen des Bundestages zurück. Als Auftrag wurde formuliert: Sie berät und fördert Projekte, Archive, Verbände, Wissenschaftler und Bildungseinrichtungen. Weiterhin unterstützt sie die Beratung und Betreuung von »Opfern der SED-Diktatur« und gibt eigene Publikationen heraus. Und: Sie solle »eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit den kommunistischen Diktaturen in Deutschland und Europa« anregen. Die

Zwischenruf

Der Buchstabe C kann zwei Flügel haben: Einen „demokratischen“ und einen „sozialen“. Außerdem kann dieser Buchstabe als Abkürzung für „christlich“ stehen. So könnte man eine C-Partei als eine solche auffassen, die die beiden Flügel in einer Union vereint.

In einer Sommer-Theatervorstellung schlugen nun die beiden Flügel aufeinander ein, weil jeder bestrebt ist, die nach Europa strömenden Flüchtlinge so weit wie möglich auf Abstand zu halten, zum Exempel durch die Einrichtung von „kontrollierten Zentren“ (die Abkürzung dafür ist im Deutschen aus unangenehmen historischen Gründen aber schon vergeben). Wie auch immer das Schmierentheater ausgehen mag, die Zeiten ändern sich nämlich: Schon in einem Monat, Anfang September, hält der nimmermüde Handel Weihnachtstolle, Lebkuchen Schokoladen und Leckereien bereit, deren Zutaten natürlich aus sicheren Herkunftsländern stammen.

Die finale Mästung mündet dann in ein herrliches Kommerzfest, bei dem aus satten Bäuchen und geölten Kehlen „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit, es kommt der Herr der Herrlichkeit“ ertönt.

Wer kommt? Ach ja, der Erlöser, ein Flüchtlingskind, nirgends gelitten in einer feindlichen Umwelt. Das muss gefeiert werden.

Und unter dem C halten die beiden Flügel zusammengeklappt andächtige Ruhe.

w.k.

Finanzierung erfolgt aus den Zinserträgen des Stiftungsvermögens (77 Millionen Euro) und einem jährlichen Millionenzuschuss der Bundesregierung.

Die Stiftung wird von Kritikern als Steuerungszentrale eines Netzwerkes der Indoktrination (Herbert Kierstein) gesehen. Andere werfen ihr eine Monopolisierung der DDR- und Kommunismusforschung vor, die von einem kleinen Kreis nichtakademischer Geschichtspolitiker und ihren professoralen Parteifreunden betrieben wird (Ilko-Sascha Kowalczyk). Statt Geschichtspolitik solle endlich Geschichtswissenschaft betrieben werden (Taz vom 20. April 2016). Mit der

erklärten Absicht, »den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft zu stärken« (Staatsminister Bernd Neumann 2013), würden allerdings »die sozialen, kulturellen und geistigen Leistungen der DDR« verdrängt und die »negativen, antidemokratischen Elemente der BRD-Gesellschaft« ausgeblendet (Gotthold Schramm). Es gehe um »Deutungshoheit« (Klaus Schroeder, Forschungsverbund SED-Staat in der *Leipziger Volkszeitung* vom 3. April 2012).(ra)

Den Artikel finden Sie unter:

<https://www.jungewelt.de/artikel/333551.schmähen-als-staatsdoktrin.html>



<https://www.jungewelt.de>

Schlüssiges Konzept statt Augenwischerei

„Der Gesundheitsminister hält die Menschen in der Pflege hin. Er versucht, Beschäftigte, Menschen mit Pflegebedarf und Angehörige ruhig zu stellen, statt endlich ein schlüssiges Konzept für den Bereich zu präsentieren“, erklärt Pia Zimmermann, Sprecherin für Pflegepolitik der Fraktion DIE LINKE, zu den jüngsten Äußerungen von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU). Zimmermann weiter:

„Spahns Pflegepolitik bleibt ein Flickenteppich, und die Betroffenen bleiben im Unklaren. Die Beitragssatzerhöhung zur Pflegeversicherung hat er nach oben korrigiert, ohne dass Menschen dafür einen erkennbaren Mehrwert bekommen. Er verspricht neue Pflegekräfte, dabei ist der Bundesregierung bekannt, dass schon jetzt zehntausende Stellen nicht besetzt werden können. So bleiben seine Versprechen Sonntagsreden, die die Menschen beruhigen sollen, aber den Staat kein Geld kosten.“

Was wir brauchen ist Pflegepolitik aus einem Guss: DIE LINKE beweist, dass ein Paradigmenwechsel in der Pflege möglich ist. Sie gehört in die kommunale Hand. Ohne ein Umdenken in der Pflegepolitik, bei dem die Perspektive der Betroffenen eingenommen wird, kann ein solches Konzept aber nicht funktionieren. Deshalb brauchen wir eine Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Leistungen übernimmt.“

Lesenswert

Bernd Biedermann/Wolfgang Kerner
Mit einem Vorwort von Rainer Rupp
Abschluss der MH 17 – Auf der Suche nach der Wahrheit Eine Chronologie und mehr
Helios Verlags- und Buchvertriebsgesellschaft Aachen 2018
ISBN 978-3-86933-220-8
Preis: 16,- Euro

Beim Absturz einer Boeing 777 der Malaysia Airlines, die am 17. Juli 2014 als Flug MH 17 von Amsterdam nach Kuala Lumpur unterwegs war, verloren 298 Menschen, darunter 80 Kinder, ihr Leben. Die Maschine wurde über der Ostukraine abgeschossen. Wie konnte das geschehen? In einer sofort einsetzenden Medienschlacht wurde behauptet, das Flugzeug sei von pro-russischen Separatisten mit einer Flugabwehr-Rakete des Systems Buk abgeschossen worden. War dem tatsächlich so? Antworten findet der Leser in dieser Publikation.

(Sammelbestellungen von TIG sind möglich über die ISOR-Geschäftsstelle)

*

Karl-Heinz Holub, Jahrgang '39
Mein Leben in Böhmen, der DDR und der BRD
300 Seiten, 18 Abb., 12,5 x 21 cm, Broschur, Preis 16,99 Euro
ISBN 978-3-947094-18-9
Er arbeitete für den Verkehrsminister der DDR in Berlin und für den Bundesverkehrsminister in Bonn, sein Chef hieß mal Arndt, mal Krause. Das jedoch machte Holubs Leben nicht aus. Es waren interessante Abschnitte seines Lebens, auf das er nun Rückschau hält. In Böhmen geboren, als es noch tschechisch war, 1945 in die sowjetisch besetzte Zone ausgewiesen, Eisenbahner-Lehre in der DDR und Studium in Gotha und in Leipzig. Schließlich Chefredakteur und Einsatz in Polen. Und danach Pressechef und Redenschreiber für Minister. Anschließend wieder bei der Bahn, dieses Mal als Bauüberwacher im Westen und im Osten.

Karl-Heinz Holub hat viel zu erzählen. Seine Haltung ist klar: Die beste Zeit war in der DDR. (*Eulenspiegel-Verlagsgruppe*)

*

Uns erreichte diese Zuschrift:

Sehr geehrte Mitarbeiter von **ISOR aktuell**, in der Ausgabe 0 3/2018 fand ich unter „Lesenswert“ Literaturhinweise. Für mich deshalb interessant, weil ich auch ein Buch verfasste und nun um dessen Publizierung bitten möchte. Meine Absicht war, ein Jugendbuch zu schreiben. Der Verleger im Eulenspiegelverlag am Park meinte, es sei ein Politkrimi geworden.

Der Titel lautet: **Tod in der Holländermühle oder Kollateralschaden Pauli?** Das Buch wird vertrieben unter der ISBN-Nr. **978-3-947094-03-5** und kann unter dieser Nummer in jeder Buchhandlung oder bei Amazon bestellt werden. Wir empfehlen das Buch gern allen Lesern, denn es ist ein Jugendbuch und gleichzeitig ein Krimi als Geschenk für die Enkel und/oder Urenkel unserer Freunde und deren Umfeld. Dies umso mehr, als es dem Autor gelungen ist, „von junge Menschen (zu erzählen), die beim Erwachsenwerden begreifen, dass es kein Entrinnen gibt vor den Problemen dieser Welt. Die erreichen selbst das winzigste Nest in der Abgeschiedenheit Sachsen-Anhalts“, wie es im Klappentext heißt. Harald Jaap
Preis lt. Klappentext):12,99 Euro

Das Fliegerdenkmal von Syhra wird zum Weltfriedenstag eingeweiht

Mit der Montage einer Schutzkappe, des Sterns und der MiG auf der Spitze des Ehrenmals wurde die Restauration abgeschlossen. Umfangreiche Spenden ermöglichten nicht nur die Restauration, sondern auch den langfristigen Erhalt des Denkmals.

Dazu schreibt die Geithainer Linkspartei u.a. an ISOR, namentlich an unseren stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Horst Bischoff: Ich würde mich freuen, wenn wir und viele andere ISOR Mitglieder uns am 1. September am "Fliegerdenkmal" die Hand drücken können.

ISOR aktuell wird in der nächsten Ausgabe von der feierlichen Einweihung berichten, zu der auch Vertreter zahlreicher anderer Organisationen eingeladen worden sind, die sich an der Spendenaktion für das Ehrenmal beteiligt hatten und an der auch der Konsul der russischen Botschaft seine Teilnahme ankündigte.

Mahnwache in Berlin zur Abrüstung

Am **1. September** soll zwischen **13 und 14 Uhr** eine Mahnwache zur Abrüstung anlässlich des Weltfriedenstages stattfinden.

Ort ist der **Platz des 18. März am Brandenburger Tor**.

Die friko Berlin weist darauf hin, dass sich zum Ort Veränderungen ergeben können, weshalb empfohlen wird, sich zuvor auf deren Internet-Seite **www.friko-berlin.de** aktuell zu informieren.

In eigener Sache: Wir bitten darum, Beiträge für unsere Zeitung an unsere Redaktionsadresse

ISOR-Redaktion@t-online.de zu senden. Sonst besteht das Risiko, dass anders adressierte Post uns verzögert oder nicht erreicht. *Die Redaktion*

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 01.08.2018

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.08.2018

Einstellung im Internet: 07.09.2018

Auslieferung: 13.09.2018

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck – Tel.: (030) 29784317

– Fax: (030) 29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BIC: BELADEBEXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16